

**Rede  
der Sprecherin für Entwicklungspolitik**

**Claudia Schüßler, MdL**

zu TOP Nr. 36

Erste Beratung

**Verbesserung der wirtschaftlichen, ökologischen  
und humanitären Lage der Menschen im globalen  
Süden heißt Fluchtursachen bekämpfen**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/5636

während der Plenarsitzung vom 31.01.2020  
im Niedersächsischen Landtag

*Es gilt das gesprochene Wort.*

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Bislang bin ich davon ausgegangen, dass es für die meisten Mitglieder dieses Hauses unstreitig ist, dass die Bekämpfung der Ursachen von Flucht tatsächlich der einzige Weg ist, mit dem es uns gelingen kann, Menschen davon abzuhalten, ihre Heimat zu verlassen.

Wenn wir uns dieser Wahrheit nicht stellen, dann ist das in etwa so, als ob wir die Augen und Ohren zumachen. Es ist einfach wichtig, diese Realität zu sehen.

Ich habe das gestern erst in einer Schülergruppe erklärt. In einer eng vernetzten Welt können Menschen, die in einem Gebiet leben, in dem es ihnen nicht gut geht, sehr wohl erkennen, wie es uns hier geht, und diese Menschen haben natürlich den Wunsch, nicht dort zu leben, wo Krieg und Armut herrschen. Dafür habe ich jedenfalls großes Verständnis.

Herr Wirtz, wir sind ja einiges gewohnt. Aber ich habe jetzt festgestellt, dass es ein bisschen Ihr Persönlichkeitsprofil ist, dass Sie hier provozieren wollen. Sie haben dann Spaß. Das kann man erkennen. In Wirklichkeit haben Sie sich aber nur geschickt davor gedrückt, sich mit diesem Antrag der Fraktion der Grünen auseinanderzusetzen.

Sie haben sich gerade nicht damit beschäftigt, dass es darum geht, Fluchtursachen zu bekämpfen, damit die Menschen sich nicht auf den Weg machen. Die logische Konsequenz ist: Wenn Sie nichts dagegen tun, dann stehen Sie wieder hier im Rednerpult und sagen, was man alles tun muss, um zu verhindern, dass die Menschen über das Mittelmeer kommen.

Sie müssen früher ansetzen, und genau darum geht es bei diesem Antrag.

Um dem Zynismus die Krone aufzusetzen, vergleichen Sie tatsächlich Menschen, die dagegen protestieren - begründet oder aus weniger starken Gründen, das wird dem Einzelfall zu überlassen sein -, dass ein Windrad bei ihnen vor der Haustür installiert wird - wobei ich für diese Proteste auch Verständnis habe -, mit der Vertreibung von Menschen, die aus Kriegsgründen oder Klimaflüchtlinge haben Sie auch genannt. Sie haben das gleichgesetzt. Ich finde, das ist wirklich nicht an Zynismus zu überbieten.

Ich komme jetzt auf das zurück, um das es eigentlich geht, nämlich um die Bekämpfung der Fluchtursachen. Natürlich ist es so, wie es der Kollege Scharrelmann dargestellt hat. Es geht natürlich auch um Zuständigkeiten. Wir sind als Land nicht originär in der Zuständigkeit.

Um aber auch die Frage von Herrn Wenzel aufzugreifen: Natürlich hat das Land auch Aufgaben im Rahmen seiner Partnerschaften. Das wissen Sie und die anderen Kolleginnen und Kollegen auch. Das Land Niedersachsen hat Partnerländer, und zwar das Land Tansania und die Provinz Eastern Cape in Südafrika. Dort gibt es seit Langem eine kontinuierliche Zusammenarbeit. Die zielt auch jetzt schon darauf ab, Fluchtursachen zu bekämpfen.

Hinzu kommt noch: Es geht hier nicht nur darum, dass wir die Lebensbedingungen der Menschen in diesen Ländern verbessern, sondern es geht auch darum, dass in diesen Ländern Binnenflucht besteht. Das heißt, diese Menschen, denen es ohnehin schon nicht so gut geht, wie es uns in der Regel geht, müssen sich noch mit dem Problem der Binnenflucht auseinandersetzen. Das heißt, es kommen Menschen aus noch ärmeren oder vom Krieg betroffenen Ländern in deren Länder. Genau da wollen wir ansetzen, auch im Gespräch und in der Debatte. Es wird Ihnen nicht entgangen sein, dass wir im Haushalt dieses Mal 100.000 Euro mehr für dieses Thema angesetzt haben, obwohl wir nicht zuständig sind, wie Sie es gesagt haben. Wir sehen es jedoch als wichtig an, über die Bekämpfung der Fluchtursachen zu sprechen und entsprechend zu handeln.

Ich verkürze das jetzt an dieser Stelle, weil ich mich zu lange anders aufgehalten habe.

Natürlich sehen wir es in der Koalition so, dass wir uns nicht primär auf die Bundesebene konzentrieren sollten. Denn ich meine auch - Frau Viehoff, das wissen Sie auch -, dass im Bund und gerade auf EU-Ebene bereits viel getan wird. Aber wäre es nicht wichtig, uns auf das zu konzentrieren, wo wir auch handeln können, wo wir wirklich etwas machen können? - Das sind aus meiner Sicht der Verbund mit den Partnerregionen und hier auch die gezielte Förderung bestimmter Projekte, die z. B. im Bereich der Binnenflucht Verbesserungen schaffen, sodass sowohl die Bevölkerung, die in diesen Ländern und Städten lebt, einen Vorteil hat als auch die flüchtenden Menschen, die in diese Länder kommen. Das geschieht alles, damit die Bedingungen dort so gut sind, damit nicht der schwierige Weg nach Europa angetreten wird.

Das, was ich jetzt geschildert habe, möchten wir jedenfalls bei den Beratungen in den Fokus nehmen. Wir haben im Europaausschuss auch eine Liste über die Förderprojekte der Vergangenheit bekommen. Da können wir meines Erachtens gute Anknüpfungspunkte finden.

Ich möchte noch einmal auf die Schwierigkeiten bei der Zuständigkeit hinweisen. Herr Brüninghoff hat das eben angesprochen. Ja, die Ministerin ist zwischenzeitlich sofort, nachdem Sie sie erwähnt haben, hier erschienen. Aber wir haben das Problem, dass die gesamte Entwicklungshilfe in dem Bereich der Staatskanzlei verortet und nur dem Ministerium angegliedert ist. Ich bin trotzdem froh, dass wir es dort behandeln werden, weil das auch eine gewisse Kontinuität mit sich bringt.

In diesem Sinne freue ich mich tatsächlich auf die Antragsberatungen, von denen ich hoffe, dass sie dann auch mit der notwendigen Ernsthaftigkeit geführt werden, und bedanke mich fürs Zuhören.

Vielen Dank.